

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 10/2023



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der 7. Oktober 2023 wird sich für viele – insbesondere für die Menschen in Israel – wie der 11. September 2001 ins kollektive Gedächtnis einprägen. Mit einem menschenverachtenden Überfall auf Israel hat die Hamas gezielt jüdisches Leben vernichtet. Dies betrifft in besonderer Weise auch uns als Deutsche. Die Sicherheit Israels ist Teil der deutschen Staatsraison. Darum stehen wir in dieser schweren Zeit fest an der Seite Israels.

Die Herausforderungen in der Migrationskrise nehmen nicht ab. Das hat nun auch die Bundesregierung anerkannt und uns als CDU/CSU-Fraktion zu einem Maßnahmengipfel geladen. Trotz guter Atmosphäre wurden bisher noch keine konkreten Beschlüsse gefasst. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch; die Ampel muss aktiv werden. In diesem Newsletter finden Sie noch zwei deutliche Positionierungen der CSU/CSU-Bundestagsfraktion. Wir sehen die unzumutbaren Bürokratielasten auch in der Wirtschaft und sprechen uns für ein klares Moratorium aus. Ebenso wenden wir uns unter dem Motto „Prävention statt Legalisierung“ mit Nachdruck gegen die von der Regierung geplante, gesundheitspolitisch kaum verantwortbare Legalisierung von Cannabis.

Auch wenn es bei der schwierigen Lage in Israel und (das darf nicht aus dem Blick rücken) in der Ukraine nicht leichtfällt, hoffe ich dennoch, dass Sie erfüllte Herbsttage verbringen können. Herzliche Grüße –

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

TERRORANGRIFF

Die Bilder aus Israel vom 7. Oktober 2023 gingen um die Welt. Aber selbst, wenn man diese Bilder sieht, kann man das Ausmaß des Schreckens kaum erfassen. Über 1.000 Israelis sind auf brutale, menschenverachtende Weise gezielt umgebracht worden. Hier ging es um keine politische Auseinandersetzung. Es war ein gezieltes Massaker. Die Hamas hat erneut gezeigt, dass sie – wie der Islamische Staat – vollkommen zu Recht als Terrororganisation eingestuft ist und so auch behandelt werden muss.

Die Hamas hat bewusst einen Sabbat, der zugleich ein besonders jüdisches Hochfest ist, gewählt, um zuzuschlagen und jüdisches Leben zu vernichten. Ihre konzentrierte Aktion war explizit darauf ausgerichtet, Menschen allein wegen ihres Glaubens und ihrer Nationalität zu töten. Was jeden fassungslos zurücklassen muss, ist die Tatsache, dass die Schergen der Hamas ganz gezielt friedliche Zivilisten zum Ziel auserkoren haben: Junge, feiernde Menschen, Ältere und gerade auch kleine Kinder. Wer so agiert, kann nicht für eine gute oder gar gerechte Sache kämpfen. Es muss alles dafür getan werden, dass sich so etwas nie wiederholen wird.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es bei ihrer bemerkenswerten Rede im israelischen Parlament, der Knesset, 2008 eindrücklich formuliert und auch Bundeskanzler Scholz hat es anlässlich seines Solidaritätsbesuchs diese Woche erneut aufgegriffen: Die Bundesrepublik Deutschland ist wie kein anderes Land der besonderen Verantwortung für die Sicherheit des Staates Israel verpflichtet. Die Sicherheit Israels gehört zur Staatsraison unseres Landes. Dieser Satz ist keine bloße Wortgirlande. Er ist ein immerwährender Auftrag, jüdisches Leben zu schützen. Auch und gerade in Deutschland muss jüdisches Leben sicher und in Frieden möglich sein. Die jüngsten perfiden Anschläge auf jüdische Einrichtungen in unserem Land zeigen, dass wir ein großes Problem haben. Es muss uns beschämen, dass jüdische Schulen, Synagogen und Sportvereine in Deutschland dieser Tage besonderen Polizeischutz brauchen, um überhaupt sicher betreten werden zu können.

Unser demokratischer Rechtsstaat darf nicht dulden, dass auf deutschen Straßen der Tod von Jüdinnen und Juden gefeiert wird. Antisemitische Gewaltverherrlichung hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Menschen, die das nicht akzeptieren, haben in unserer Gesellschaft nichts verloren. Angesichts der

TERMINAUSWAHL

Sitzungswoche 06. – 10.11.2023
Deutscher Bundestag

Sitzungswoche 13. – 17.11.2023
Deutscher Bundestag

20.11.2023, 08:45 Uhr
Bundesweiter Vorlesetag
GGG Biesfeld, Kürten

20.11.2023, ab 18 Uhr
Veranstaltung „Zukunft der Pflege“
weitere Informationen folgen

21.11.2023, 19:00 Uhr
Altenberger Forum (Podiumsgast)
Martin-Luther-Haus, Odenthal

Sitzungswoche 27.11. – 01.12.2023
Deutscher Bundestag

04.12.2023, 11:00 Uhr
Besuch der Lebenshilfe
Wermelskirchen

05.12.2023, 16:00 Uhr
Bürgersprechstunde
Rathaus Odenthal
(Anmeldung wird erbeten unter
02202 93695-30)

Sitzungswoche 11.12. – 15.12.2023
Deutscher Bundestag

11.01.2024, 19:00 Uhr
Prinzenproklamation
Große Gladbacher
Bergischer Löwe, Bergisch Gladbach

*Weitere Termine und Informationen finden Sie
auf meiner Homepage!*

jüngsten Ereignisse müssen wir dem Antisemitismus in unserem Land noch entschlossener entgegentreten. Dabei wird es auch unsere Aufgabe sein, den Blick darauf zu lenken, inwieweit der Zuzug von Migrantinnen und Migranten hierfür mitursächlich sein kann und wie hier gegenzusteuern ist.

In der vergangenen Woche haben wir als CDU/CSU Fraktion Seine Exzellenz, den Botschafter des Staates Israel, Ron Prossor, in unsere Fraktionssitzung eingeladen. Uns war es ein zentrales Anliegen, ein klares Zeichen zu setzen, unser Mitgefühl für die zahlreichen Opfer zum Ausdruck zu bringen und ihm unsere Solidarität mit Israel zuzusichern. Israel steht in dieser schwierigen Zeit nicht allein. Israel macht derzeit von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch, um es der Hamas unmöglich zu machen, die Grenze zu Israel erneut zu überschreiten und ein derartiges Massaker zu wiederholen. Deutschland unterstützt Israel bei der Sicherung des eigenen Landes und jede diplomatische Bemühung, die einen Flächenbrand in der Region verhindern kann. Deutschland und Israel sind als demokratische Rechtsstaaten dem humanitären Völkerrecht verpflichtet.

LAGE IN DER MIGRATIONSKRISE

Angesichts der Schrecken fällt es nicht leicht, den Blick auf andere Themen zu lenken, die uns dieser Tage bewegen. Unverändert herausfordernd ist die Lage, in der sich viele Städte und Kommunen angesichts des steten Zustroms vieler Migrantinnen und Migranten befinden. Auch die zahlreichen Helferinnen und Helfer, denen an dieser Stelle nochmals ausdrücklich für ihren großartigen Einsatz gedankt sei, kommen an ihre Grenzen. Wir können nicht einfach zusehen. Die kritische Lage ändert sich nicht von allein.

Infolgedessen ist es von großer Relevanz, dass wir hier auf allen Ebenen gegensteuern. Am vergangenen Freitag hat sich Bundeskanzler Scholz unter anderem mit unserem Fraktions- und Parteivorsitzenden Friedrich Merz sowie dem Ministerpräsidenten Boris Rhein getroffen, um mögliche Maßnahmen zu besprechen. Wir freuen uns, dass der Bundeskanzler (endlich) unsere seit Monaten aufgestellten Forderungen als berechtigt und notwendig anerkannt hat. Dieses erste Zusammentreffen verlief konstruktiv. Entscheidend ist, dass die atmosphärische Freundlichkeit nunmehr auch in politischen Maßnahmen mündet. Wir haben jedenfalls eine Vielzahl konkreter Vorschläge gemacht. So fordern wir ein klares Signal des Bundeskanzlers und die unmissverständliche Feststellung, dass unsere Aufnahmekapazitäten erschöpft sind und Handlungsbedarf besteht. Die von uns seit langem geforderten Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz müssen nun, nachdem die Bundesinnenministerin endlich unserer Linie gefolgt ist, konsequent und engagiert durchgeführt werden. Wir brauchen Transitzonen und Rückkehrzentren,

EINBLICKE



Am 18. Oktober war ich Diskussionsteilnehmer auf der Konferenz des BDI zum Thema ESG-Reporting – Umsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung in Deutschland.



Quelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Michael Wittig

Der Botschafter des Staates Israel in Deutschland, S.E. Ron Prosor war zu Gast bei der Fraktionssitzung der CDU/CSU im Deutschen Bundestag. Er berichtete vom Angriff der Terrororganisation Hamas und dem Ausmaß an Gewalt, Leid und Zerstörung, den dieser über Israel gebracht hat.

um notwendige Rückführungen zu intensivieren und zu beschleunigen. Von den zu uns kommenden Menschen haben rein rechtlich weniger als die Hälfte eine Bleibeperspektive. Des Weiteren schlagen wir vor, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko, Tunesien und Indien zu erweitern. Schließlich müssen wir unser Transferleistungssystem überarbeiten – sowohl hinsichtlich der Höhe als auch der Struktur. Sachleistungen sollten Vorrang vor Geldleistungen haben. Ein geeignetes Instrument können Chipkarten sein, mit denen ausgewählte Leistungen bezahlt werden.

Wir sind uns bewusst, dass keine der in unserem Papier genannten Maßnahmen für sich genommen ausreicht, aber im Paket etwas bewirken können. Und sicher ist die Liste nicht erschöpfend. Wir werden weitere Vorschläge machen. Es kommt jetzt darauf an, endlich zu beginnen. Die Zerstrittenheit der Ampel und bisherige Unentschlossenheit des Kanzlers sind unverantwortlich.

BÜROKRATIE-ABBAU

Bürokratie-Abbau klingt abstrakt und scheint so manchem ein unbedeutendes Thema zu sein. Doch tatsächlich gefährdet überbordende Bürokratie unseren Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland zunehmend. Überlange Prozesse verlangsamen wirtschaftlichen Fortschritt und können zukunftsweisende Investitionen und Innovationen verhindern. Deshalb müssen wir unbedingt weitere Maßnahmen ergreifen, um Prozesse schlanker, schneller und effizienter zu gestalten. Die gegenwärtige Bundesregierung tut hier zu wenig. Statt Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, werden immer mehr Sachverhalte bis ins Kleinste geregelt. Der Bürokratiekostenindex zeigt an, wie oft und zeitintensiv wir tagtäglich mit administrativen Aufgaben befasst sind. Seit 2021, also mit dem Start der Ampel-Koalition, steigt der Index immer weiter an. Da müssen wir gegensteuern!

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben hierfür eine „Agenda Bürokratieabbau“ aufgesetzt, um den Bürokratiekostenaufwand wieder zurückzufahren. Wir fordern eine echte Bürokratie-Bremse: Wenn eine bestimmte Bürokratiequote erreicht ist, müssen neue gesetzliche Regelungen wieder zurückgenommen oder anderweitig bürokratische Belastungen abgebaut werden. Aus der „One in, one out“-Regelung wollen wir eine „One in, two out“-Regelung machen. So schlagen wir vor, dass bei der Einführung einer neuen administrativen Regelung gleich zwei Regelungen gestrichen werden müssen. Auch fordern wir, dass bei jedem neuen Gesetz mitgedacht wird, ob der Vollzug des Gesetzes auch schnell, unbürokratisch und digital sichergestellt werden kann.

CANNABIS-LEGALISIERUNG

In diesen Tagen hat die Ampelkoalition ihren Regierungsentwurf zur Cannabis-Legalisierung vorgelegt. Dieser sieht vor,

dass privater Eigenanbau, gemeinschaftlicher nicht-gewerblicher Anbau und die kontrollierte Abgabe zum Eigenkonsum ermöglicht werden soll. Wir als Unionsfraktion sprechen uns ganz dezidiert gegen dieses Gesetzesvorhaben aus. Der Konsum von Cannabis hat schwerwiegende gesundheitliche Folgen. Es gibt keinen ernstzunehmenden Wissenschaftler und keine ernstzunehmende Wissenschaftlerin, der/die dies bestreiten könnte. Besonders gefährdet sind junge Menschen unter 25 Jahren, da sich das Gehirn noch im Auf- und Umbau befindet. Cannabis-Konsumierende haben deutlich häufiger depressive Verstimmungen und werden regelmäßig sogar noch schneller abhängig als beim Nikotin-Konsum. Cannabis-Konsum führt zu Angst- und Panikgefühlen, Halluzinationen und Herzrasen. Langfristiger Konsum hat gravierende Folgeschäden, wie etwa chronisch-obstruktive Lungenerkrankung, bipolare Störungen und Depressionen.

Es kann doch nicht sein, dass der Bundesgesundheitsminister Lauterbach einen Gesetzentwurf zur Cannabis-Legalisierung vorlegt und in gleichem Atemzug vor den Gefahren des Cannabis-Konsums warnt. Auf jeder Internetseite der Krankenkassen – ganz gleich ob privat oder gesetzlich – finden sich ausführliche Hinweise zu den schwerwiegenden Folgen des Cannabis-Konsums. Wir haben uns im Rahmen der Corona-Pandemie ganz bewusst an den Empfehlungen der Wissenschaft orientiert. Dass die Bundesregierung hier das genaue Gegenteil macht, muss einen überraschen und enttäuschen. Wir folgen hier einem anderen Weg. Wir hören auf die Wissenschaft und sprechen uns klar dafür aus, dass der restriktive Umgang mit Cannabis beibehalten wird. Für uns hat der Gesundheitsschutz gerade junger Menschen einen hohen Stellenwert. Für uns geht Prävention vor Legalisierung.

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet: <https://www.hermann-josef-tebroke.de/>

Stand: 20.10.23
